

«Ich verstehe den Frust der Palästinenser»

Nahost SIG-Präsident Herbert Winter äussert Verständnis für Palästina, hält aber nichts von einer einseitigen Anerkennung

VON LORENZ HONEGGER

In den nächsten Tagen will Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas bei der UNO die Anerkennung Palästinas als Mitglieds- oder denn als Beobachterstaat erreichen. Der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG), Herbert Winter, findet das eine schlechte Idee. In seiner Zürcher Anwaltskanzlei erörtert Winter neben anderen Themen, warum er dem Bundesrat nahelegt, Palästina nicht einseitig anzuerkennen.

Herr Winter, in Israel beobachtet man die Revolutionen im arabischen Raum mit Argusaugen. Welche Erwartungen und Befürchtungen löst der arabische Frühling bei Ihnen aus?

Herbert Winter: Grundsätzlich ist jede Demokratisierungsbestrebung etwas Positives. Israel selbst ist ja das ideale Beispiel für einen demokratischen Rechtsstaat. Doch ich habe gemischte Gefühle bei den aktuellen Vorgängen in den arabischen Staaten: Es kann sehr, sehr lange dauern, bis sich – wenn überhaupt – eine funktionierende Demokratie im westlichen Sinne entwickeln wird.

Wie lange wird es denn dauern?

Es können wenige Jahre, aber auch 20, 30 oder mehr sein. Sehen Sie sich nur an, wie lange es nach der Französischen Revolution gedauert hat, bis Frankreich zu einer Demokratie wurde.

Sie rechnen also mit Jahrzehnten.

Unter Umständen. Entscheidend ist auch, wer in der Zwischenzeit das entstandene Machtvakuum ausfüllt.

«Die Palästinenser hoffen, eine bessere Verhandlungsposition zu erreichen.»

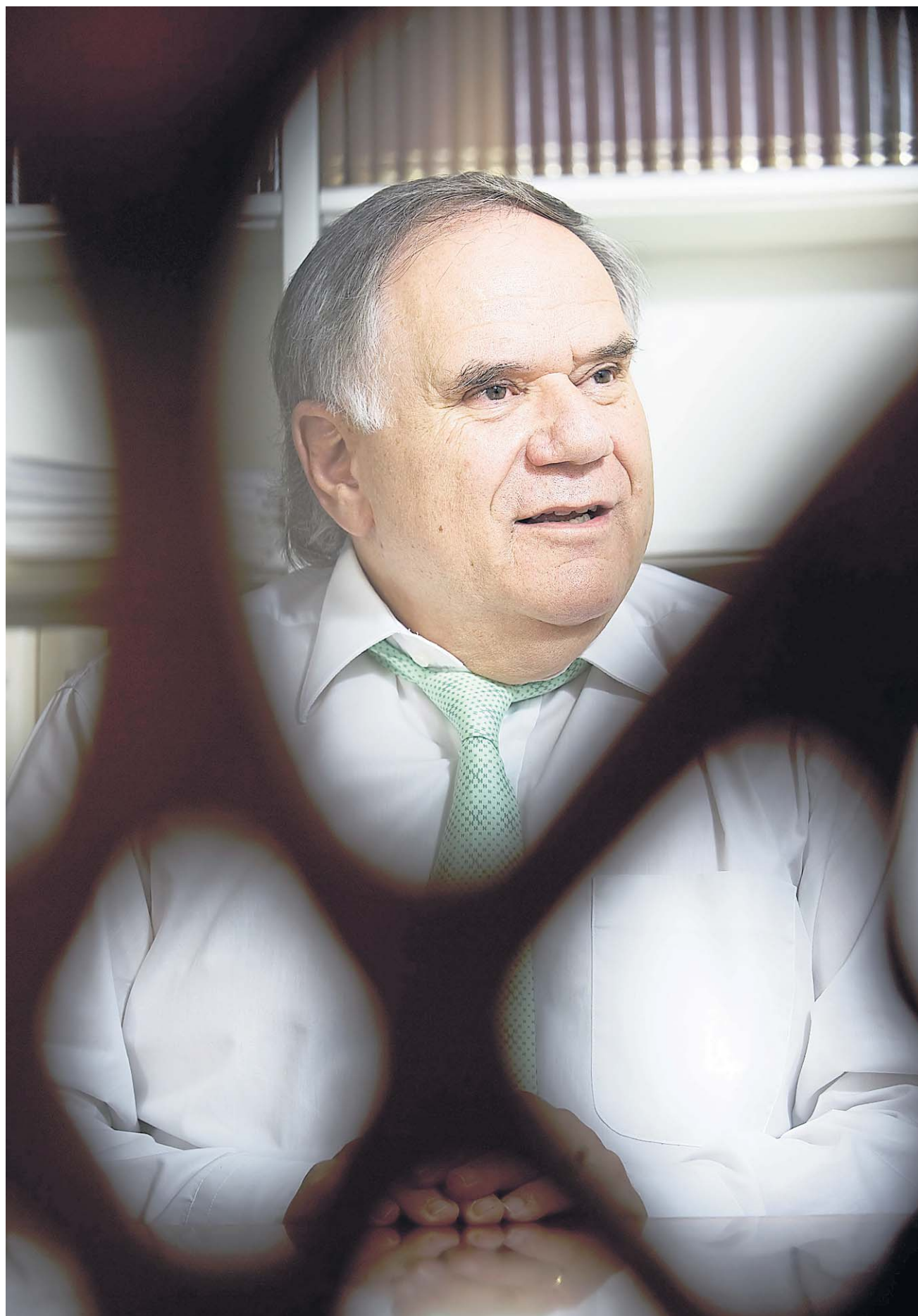
Ich befürchte, dass islamistische Gruppen dieses füllen werden, zumal sie sehr gut organisiert sind.

Die Gegenthese lautet, dass die jungen Tunesier, Ägypter und Libyer für Demokratie sowie eine freiere Gesellschaft auf die Strasse gegangen sind und sich nun kaum von Islamisten unterdrücken lassen wollen.

Wie sich die Kräfteverhältnisse entwickeln werden, lässt sich heute noch nicht sagen. Eine Gesellschaft, die keine demokratische Erfahrung hat, kann sich aber nicht von einem Tag auf den anderen in einen demokratischen Rechtsstaat umwandeln. Bei uns im Westen hat man zu Beginn sehr grosse, fast illusorische Hoffnungen gehegt, dass alles rund laufen wird, wie damals in den Neunzigerjahren in Osteuropa. Ungarn, Polen und auch die Tschechische Republik hatten jedoch einen demokratischen Background, an den sie anknüpfen konnten.

Letzte Woche stürmten mehrere tausend Ägypter die israelische Botschaft in Kairo. Angeblich aus Wut über die Erschiessung von ägyptischen Grenz-wächtern durch die israelische Armee. Was ging Ihnen dabei durch den Kopf?

(Seufzt.) Ich war entsetzt. Die Demonstranten in Kairo entluden ihren Frust über die derzeitige Regierung an der israelischen Botschaft, dem einfachsten Angriffsziel. Israel war nie beliebt in Ägypten. Mich macht es aber sehr betroffen, dass die ägyptische Regierung, die Polizei und das Militär nicht früher eingegriffen haben. Laut Medienberichten sind sie erst tätig geworden, nachdem die amerikanische Regierung intervenierte. Ich hoffe sehr, dass der Sturm der israelischen Botschaft in Kairo



SIG-Präsident Herbert Winter: «Es gibt nichts anderes, als zu verhandeln.»

EMANUEL FREUDIGER

ein Einzelfall bleibt. Der Vorfall zeigt leider, wie labil die Lage in den Ländern um Israel ist.

Das Verhältnis zur Türkei ist ebenfalls angespannt. Hier steht die Erschiessung von türkischen Palästina-Aktivisten am Anfang des Streits. Was auffällt: Die israelische Regierung lehnt es stets ab, sich für ungewollte Tötungen zu entschuldigen.

Es gab im Fall der Türkei und im Fall von Ägypten einen Ausdruck des Bedauerns von der Regierung.

Aber eine Entschuldigung kam nicht. Wäre es politisch nicht weislicher, sich zu entschuldigen?

Ich kann das nicht beurteilen, finde aber, dass in beiden Fällen der Ausdruck des Bedauerns angebracht war.

Ein weiteres heikles Thema ist die Frage nach der Anerkennung Palästinas als Staat in der UNO-Generalversammlung. Die Palästinenser haben ihren Antrag für die nächsten Tage angekündigt. Der Resolutionstext liegt noch nicht vor. Was vermuten Sie hinter dem Manöver?

Die Palästinenser hoffen, dass sie mit der Anerkennung als Staat eine bessere Verhandlungsposition erreichen. Sie haben vermutlich je nach Resolutionstext zwischen 120 und 140 Län-

der oder mehr, die sie unterstützen werden. Es geht ihnen vor allem darum, Druck auf Israel auszuüben.

Man könnte sagen: Die Palästinenser wollen die Anerkennung mit dem Brecheisen durchsetzen.

Das würde ich nicht so formulieren. Ich persönlich glaube, dass sich wenig ändern wird, was auch immer in der UNO-Generalversammlung beschlossen wird. Ich bin gegen eine einseitige Anerkennung, da eine solche auf beiden Seiten zu weiteren Verhärtungen führen wird. Die Israelis werden sich sagen, die Palästinenser machen, was sie wollen – also machen wir auch, was wir wollen. Das ist nicht zukunftsgerichtet. Ich verstehe den Frust der Palästinenser, aber ich glaube, es gibt nichts anderes, als zu verhandeln. Auch ich wünsche den Palästinensern, dass sie ihren Staat erhalten. Eine grosse Mehrheit der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz würde die Berechtigung eines palästinensischen Staates sicher anerkennen. Der jetzt gewählte Weg ist aber falsch.

Was wären die Folgen, wenn die Schweiz nicht im Sinn Israels entscheidet?

Ich glaube, Israel hatte in den vergangenen Jahren gelegentlich wenig Verständnis für die Schweizer Aus-

senpolitik, wenn es um den Nahen Osten ging. Eine Zustimmung zur Anerkennungs-Resolution würde diesen Eindruck nicht verbessern.

Welche Vorfälle sprechen Sie an?

Ich erinnere mich an den Besuch von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey beim iranischen Staatspräsidenten Mahmud Achmedinedjad und der Händedruck von Hans-Rudolf Merz mit diesem Mann, der nicht nur den Holocaust verharmlost, wenn nicht gar verleugnet, sondern auch unverhohlen die Zerstörung des Staates Israel herbeisehnt. Recht häufig waren auch die Stellungnahmen der Schweizer Regierung zum Nahostkonflikt ziemlich einseitig gegen Israel gerichtet. In letzter Zeit stelle ich mehr Ausgewogenheit fest.

Bundesrätin Calmy-Rey tritt bald ab. Was erwarten Sie von ihrem Nachfolger oder ihrer Nachfolgerin?

Ich hoffe auf eine weiterhin aktive Aussenpolitik, die aber nicht nur aktiv, sondern vor allem auch neutral und ausgewogen ist. Die Schweizer Aussenpolitik sollte die Komplexität des Nahostkonflikts in seiner Gesamtheit erkennen und sich nicht auf Tagesereignisse konzentrieren. Letzten Endes begehen beide Seiten, Israel und Palästina, Fehler.

Herbert Winter

Herbert Winter wurde 1946 in Zürich geboren. 1986 eröffnete er in Zürich eine Anwaltskanzlei mit Schwerpunkt Wirtschaftsrecht. Im Mai 2008 wurde er zum Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) gewählt. Die Organisation besteht seit 1904 und setzt sich auf politischer Ebene für die Interessen der Juden in der Schweiz ein. Seit dem 1. Januar 2011 ist er ausserdem Präsident des Schweizerischen Rats der Religionen. Winter ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

Zur Schweizer Innenpolitik: Die SVP fährt derzeit eine massive Plakatkampagne gegen Einwanderer. Wie stehen Sie dazu?

Mir macht ganz allgemein das Populistische im Wahlkampf Mühe. Seien das Plakate oder Aussagen. Leider glaubt man, auf diese Weise Stimmen gewinnen zu können. Das macht mich betroffen. In unseren Treffen mit den Führungsgremien der Parteien äusserten wir jeweils den Wunsch nach einem korrekten und fairen Wahlkampf. Es soll keine Bevölkerungsgruppe diskriminiert und auch kein politischer Gegner schlecht gemacht werden.

Ein zentrales Thema des SIG ist der Antisemitismus. Wie sieht die Situation in der Schweiz aus?

Den Antisemitismus gab es leider immer und wird es wohl auch immer geben. Er ist nur sehr schwierig zu bekämpfen. Mir ist wichtig, dass der

«Stellungnahmen der Schweiz waren häufig einseitig gegen Israel gerichtet.»

Staat gegen Antisemitismus und überhaupt jede Form von Rassismus eine klare Haltung einnimmt. Die Rassismus-Strafnorm ist dabei ein wichtiges Mittel, um gegen den öffentlichen Rassismus vorzugehen.

Mit der Kopftuch-Debatte ist die gesellschaftliche Toleranz für religionsbedingte Sonderwünsche gesunken. Ist auch die jüdische Gemeinschaft davon betroffen?

Wir leben seit 150 Jahren gleichberechtigt in diesem Land und haben in dieser Zeit einen für unsere Religionsausübung sehr zufriedenstellenden Status erreicht: Schüler, die eine staatliche Schule besuchen, können an jüdischen Feiertagen freinehmen. Im Militär muss der Soldat nicht am Samstag Dienst leisten und kann dafür die Sonntagswache übernehmen. Dies sind nur einige Beispiele. All das erreichten wir pragmatisch, mit viel Geduld und Kompromissbereitschaft, aber ohne Gesetze und Verordnungen. Jetzt beobachten wir, dass Bestrebungen da sind, alles mit Gesetzen und Verordnungen zu regeln, wobei nicht wir, sondern die Muslime im Zentrum der Debatte stehen. In einigen Städten hatten Schüler in letzter Zeit Schwierigkeiten, an jüdischen Feiertagen freizunehmen. Das macht uns schon Sorgen. Das Thema der freien Religionsausübung nehmen wir regelmässig in unseren Gesprächen mit Behörden und politischen Parteien auf.

Das klingt, als würden Sie in diesem Bereich viel Lobbying betreiben.

Nein, wir machen einfach auf die Situation aufmerksam. Ich bin dafür, dass man die Entscheidung über religionsbedingte Ausnahmen im Alltag dem gesunden Menschenverstand überlässt und pragmatisch löst.